

[Erschien leicht gekürzt und ohne Fußnoten unter dem Titel "Wider den Waffenexport-Skandal", *Frankfurter Allgemeine Zeitung* No. 199 (28.8.2017), p. 18].

Bescheidener Vorschlag zur Steigerung der Verteidigungsausgaben

Olaf L. Müller, Humboldt-Universität zu Berlin

Das Zwei-Prozent-Ziel sorgt für Verwirrung vor der deutschen Bundestagswahl 2017. Wie verbindlich ist die Vereinbarung der NATO, jeder Mitgliedsstaat solle bis zum Jahr 2024 mindestens zwei Prozent seines Bruttoinlandprodukts (BIP) für Verteidigung ausgeben? Der deutsche Anteil liegt derzeit bei 1,2 bis 1,3 Prozent und hat Donald Trumps Zorn heraufbeschworen.

Selbst in der deutschen Bundesregierung gibt es dazu keine klare Linie. Die einen wollen den deutschen Rüstungsetat allen Ernstes binnen kurzem um über 50 Prozent steigern, können aber kaum sagen, wie sich dieser Geldregen seriös investieren lässt. Die anderen wollen das Ziel unterlaufen, indem sie weitere Kosten einbeziehen möchten, die Deutschlands gewachsene Verantwortung in der Welt mit sich bringt, etwa bei der Flüchtlingskrise. Aus Sicht der Rowdies in Washington wäre das eine Mogelpackung, und es erscheint fraglich, ob wir es uns noch lange leisten können, den Vorwurf der Trittbrettfahrerei auf uns zu ziehen.

Beiden Denkschulen gehen Weitblick und Kreativität ab. Dabei gibt es einen einfachen Plan, um dem Ziel näherzukommen. Er wird die Welt sicherer machen, frei nach dem guten alten Motto der frühen Kohl-Ära: "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen".¹ Zudem ist der Plan geeignet, das abstrakte Gerede vom ganzheitlichen Ansatz der Sicherheitspolitik in konkretes Tun umzumünzen.

¹ Helmut Kohl, Rede vor dem deutschen Bundestag am 21.11.1983.

Unter ganzheitlicher Betrachtung ist der internationale Waffenhandel ein Übel – insbesondere der Export in gegenwärtige oder zukünftige Krisenregionen, also dorthin, wo jetzt schon gekämpft wird oder wo diese Gefahr droht angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen. Nun dürfen wir nicht vergessen, dass Deutschland zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt zählt, nach Amerika, China, Russland und Frankreich.² Die Misere hat eine lange Tradition. So haben wir noch vor der Wiedervereinigung unsere Waffen im Golfkrieg zwischen Iran und Irak an beide Seiten verkauft.³ Und kürzlich wurden Lieferungen im Umfang von 1,6 Milliarden Euro an Qatar genehmigt, u.a. Kampfpanzer und Panzerhaubitzen.⁴ Das sind Waffensysteme, die wir unseren eigenen Soldaten in Afghanistan zunächst nicht anvertrauen mochten, um bloß nicht zu martialisch zu wirken!⁵

Es wäre wohlfeil, den Waffenexporteuren vorzuwerfen, dass an ihren Profiten Blut klebt. Und es wäre verlogen, denn die Exporte sind politisch gewollt. Sie beruhen auf einer ökonomischen Tatsache, die nicht bekannt genug ist. Unsere Industrie wäre außerstande, ihre Produkte zu den üblichen Preisen ausschließlich an Bundeswehr und NATO-Partner zu liefern. Die Stückzahlen wären zu niedrig; eine Frage des Skaleneffekts: Die exorbitant hohen Entwicklungskosten eines Waffensystems fallen unabhängig von der später verkauften

² Siehe *Rüstungsexportbericht 2016 der GKKE* (hg. von der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung), Fassung vom 12.12.2016, p. 33. Der Bericht stützt sich u.a. auf Zahlen der Bundesregierung und auf die *SIPRI-Jahrbücher* des Stockholmer Friedensforschungs-Instituts.

³ Die Namen der Staaten, die dem Irak und dem Iran Waffen lieferten, stehen im *SIPRI-Jahrbuch 7* des Stockholmer Friedensforschungs-Instituts (Hamburg 1987), pp. 113ff.

⁴ Siehe *Rüstungsexportbericht 2016 der GKKE*, Fassung vom 12.12.2016, p. 40.

⁵ Darüber klagt z.B. Marc Lindemann, *Unter Beschuss. Warum Deutschland in Afghanistan scheitert* (Berlin: Econ, 2010), pp. 106-122. Unabhängig von den dort beschriebenen Tatsachen kann man seinem sachkundigen, aber kriegerischen Blick auf den Afghanistankrieg mit guten Gründen eine pazifistische Sichtweise entgegenstellen, siehe z.B. O.M., "Unwegsames Gelände. Pazifistische Notrufe zu Afghanistan", *epd Dokumentation* 13/14 (2011), pp. 18-25, im Netz unter <https://www.philosophie.hu-berlin.de/de/lehrebereiche/natur/mitarbeiter/mueller/texte/unwegsamesgelaende.pdf>.

Stückzahl an; man könnte diese Kosten entweder auf wenige Waffen für den Eigenbedarf umlegen, dann wäre ihr Stückpreis hoch. Oder man verkauft mehr Waffen des fraglichen Systems, exportiert sie auch in die Pulverfässer dieser Welt – dann können die Stückpreise für das fragliche Waffensystem deutlich geringer sein, so wie zur Zeit.

Das bedeutet: In Tat und Wahrheit subventionieren wir unseren Waffenbedarf mithilfe laxer Exportgenehmigungen. Diesen Skandal sollten wir angesichts der Steilvorlage aus Washington endlich aus der Welt schaffen. Verbieten wir unserer Rüstungsindustrie jeden Export außerhalb der NATO und kompensieren wir die dadurch entstehenden Verluste durch höhere Einkaufspreise der Bundeswehr. Dadurch steigt unser Verteidigungsetat, zugleich sinkt der andernorts verhasste Exportüberschuss, und am Ende sind weniger (aber teurere) Waffen in der Welt.

Einwand aus dem Lager der Realisten: Wo wir nicht liefern, dahin liefert die Konkurrenz. Hierauf gibt es eine konfuzianische und eine patriotisch deutsche Antwort. Die konfuzianische: Statt über die allgemeine Dunkelheit zu klagen, sollte man eine Kerze anzünden. Für die patriotische Antwort gilt es, sich daran zu erinnern, dass deutsche Waffen technologische Spitzenprodukte sind. Wenn nun andere Länder munter die Lücke im Weltmarkt füllten, die unsere Abstinenz beim Export öffnete, dann stünden in den Krisenregionen insgesamt schlechtere Waffen für Mord und Totschlag bereit. Und das wiederum wäre eine gute Nachricht.⁶

⁶ Ich habe mich etwas ausführlicher zur Steigerung der Waffenpreise im Interview für den Blog *Lagebeschreibung* geäußert, das Dirk Eckert geführt hat: "Wir subventionieren unseren Waffen durch eine laxer Exportpolitik", 4.9.2017, im Netz unter <http://www.lagebeschreibung.de/2017/09/04/wir-subventionieren-unseren-waffen-durch-eine-laxe-exportpolitik/>. Gegen Missverständnisse: Während die hier vorgeschlagene Änderung der Exportpolitik im Rahmen der gegenwärtigen Sicherheitspolitik eine kleine, aber nicht unwesentliche Verbesserung der Weltlage mit sich bringen und zumindest als Aktion einer Mittelmacht Aufsehen erregen dürfte, bin ich unverbesserlich davon überzeugt, dass ein weitergehender pazifistischer Ansatz not tut. Siehe z.B. O.M., "Pazifismus mit offenen Augen". In Jean-Daniel Strub / Stefan Grotefeld (Hg): *Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg. Paradigmen der Friedensethik im Diskurs*. (Stuttgart: Kohlhammer, 2007), pp. 23-59, im Netz unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:11-100187305>.